



Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 02. Dezember 2008

Vorlagen-Nr. 08-F-06-0064

**Verbot der Herkunftssprache als Mittel der Integration?**

**- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 26.11.2008 -**

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob es in Umsetzung des Beschlusses Nr. 114 der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Februar 2006 zu Vereinbarungen an Schulen gekommen ist, die die Schüler/innen verpflichten, sich auf dem Schulgelände generell in deutscher Sprache zu verständigen.  
An welchen Schulen gibt es solche Vereinbarungen?

Wie beurteilt der Magistrat die Wirkung solcher Vereinbarungen angesichts des Gebotes des Artikels 3 GG und der fachwissenschaftlich fundierten Auffassung, dass die Pflege und Förderung der Herkunftssprache dazu beitragen jede weitere Sprache besser zu erlernen und dass die Beherrschung möglichst vieler Sprachen in der globalisierten Welt einen unschätzbaren Wert für jeden Menschen darstellt.

---

### **Beschluss Nr. 0076**

1. Der Antrag der Fraktion Linke Liste vom 26.11.2008 betr.

Verbot der Herkunftssprache als Mittel der Integration

gilt als eingebracht und wird nach Abschluss der zwischen dem staatlichen Schulamt, der Schulleitung, den betroffenen Eltern und dem Ausländerbeirat geplanten Gespräche voraussichtlich in der Sitzung des Ausschusses am 03.02.2009 erneut aufgerufen.

2. Zu der Ausschusssitzung am 03.02.2009 wird außerdem das städtische Schuldezernat um Teilnahme gebeten.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2008

Spruch  
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2008

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .12.2008

1. Dezernat VIII zu Punkt 2  
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:  
Staatliches Schulamt  
Ausländerbeirat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister